

Die wichtigsten FORDERUNGEN in aller Kürze:

- **Zivile Investitionen erhöhen:** Wir fordern eine goldene Regel, die öffentliche Investitionen von den Schuldenregeln ausnimmt.
- **Sanktionen beenden und diplomatische Initiativen starten:** Die Sanktionen gegen Russland haben nicht zu einer Lösung des Krieges, sondern zu einer enormen Erhöhung der Energiekosten geführt.
- **Stärkung der Kaufkraft:** Den Mindestlohn in Deutschland auf 15 Euro pro Stunde erhöhen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.
- **Mindeststeuersatz** von 25 Prozent auf Gewinne, Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen und **Besteuerung von Milliardären**.
- **Förderung emissionsarmer Antriebs-technologien:** Technologieoffene Minderung von Treibhausgasen statt Verbrenner-Aus und CO₂-Steuer.
- **Bürokratieabbau** ohne Schwächung von Arbeitnehmerrechten.
- **Kein Sozial- und Umweltdumping in Handelsverträgen:** Soziale Standards in Handelsverträgen schützen.

BSW
im Europäischen
Parlament



IHRE STIMME im Europäischen Parlament

Wir sind Ihre Stimme im Europäischen Parlament.
Die fraktionslosen Abgeordneten des BSW:
Fabio De Masi, Prof. Dr. Jan-Peter Warnke, Ruth Firmenich,
Thomas Geisel und Michael von der Schulenburg.

Rue Wiertz 60
1047 Brüssel – Belgien
Telefon: +32 228 45544
E-Mail: kontakt@bsw-ep.eu

Erfahren Sie mehr über unsere Arbeit:

bsw-ep.eu

Die zum Ausdruck gebrachten Meinungen liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Verfasser und geben nicht den offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments wieder.
ViSdP.: Fabio De Masi (MdEP), Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel – Belgien
Bildnachweise: Abgeordnete: © Europäische Union 2024/2025 – Quelle: EP | Vorderseite:
iStock.com/ momclog | Innen: iStock.com/gopixa
Dieses Informationsmaterial darf nicht zu Wahlkampfwzwecken verwendet werden.

In die Zukunft investieren statt Europas Wirtschaft ruinieren



PANZER statt VOLKSWAGEN?

BSW
im Europäischen
Parlament

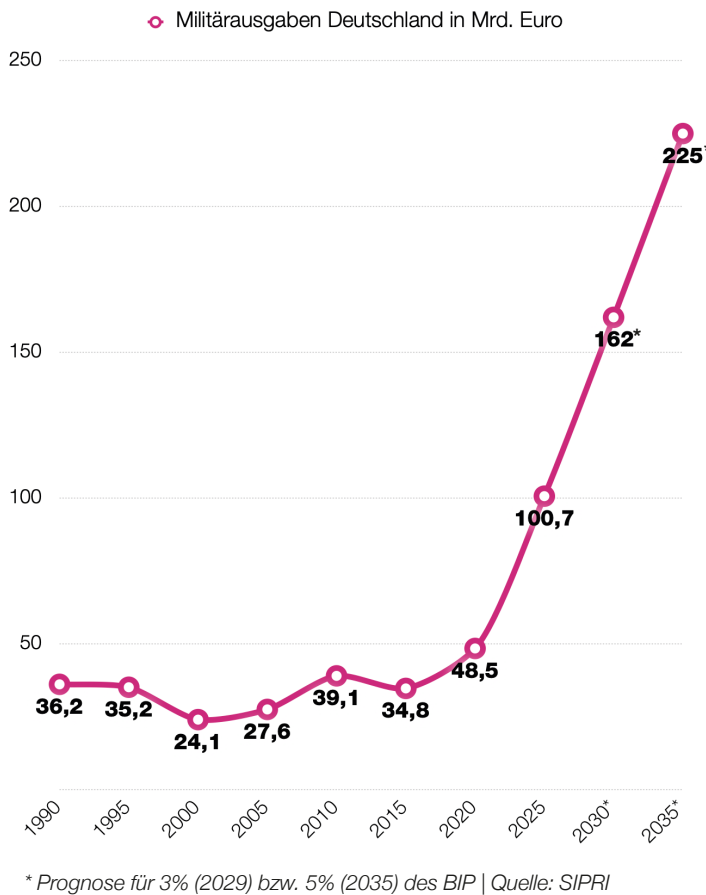
Die EU steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise. Auf die Corona-Pandemie folgten der Ukraine-Krieg und Energiepreisschock. **Die deutsche Wirtschaft, die größte Volkswirtschaft der EU, schlitterte in die Rezession und stagniert.** Die Löhne und die Kaufkraft hinken den Preisen hinterher. Die öffentliche Infrastruktur verrottet.

Anstatt in die zivile Infrastruktur zu investieren, werden nun **hunderte Milliarden Euro im Rüstungsfilz versenkt.** Viele kleine und mittlere Unternehmen ächzen unter der Bürokratie. Die mächtigen US-Tech-Konzerne hingegen zahlen kaum Steuern in der EU. Viele Gewinne werden in „Steuerparadiesen“ transferiert und die Vermögen der Milliardäre wachsen. Das BSW im Europäischen Parlament streitet daher **für eine gerechte und vernünftige Politik.**

WIRTSCHAFTSSCHOCK – SANKTIONEN UND INVESTITIONSTAU

Der Wirtschaftskrieg und die Sanktionen gegen Russland haben Energie verteuert, aber nicht den Ukraine-Krieg verkürzt. Diese **Sanktionen haben uns selbst mehr geschadet als Russland.** Wir sollten die Sanktionen beenden – eingebettet in diplomatische Initiativen.

Wir importieren nun schmutziges und teures Fracking-Gas aus den USA statt des billigen Pipeline-gases aus Russland. Wir haben uns damit **im Zollstreit mit Donald Trump erpressbar** gemacht. Trump hat Sanktionen auf russisches Öl ausgesetzt und erlaubt sogar Öl-Käufe aus dem Iran, ein Land, das er angegriffen hat.



TEURE ENERGIE, WENIGER INDUSTRIE

Hohe Energiepreise vertreiben die Industrie aus der EU und vernichten gut entlohnte Industriebeschäft. Die höheren Verbrauchssteuern in Deutschland und die CO₂-Bepreisung machen **das Leben für die Mittelschicht und Menschen mit geringem Einkommen teurer** – ohne dem Klima tatsächlich zu nützen. Ohne den massiven Ausbau von Bussen und Bahnen wird eine Schichtarbeiterin auf dem Land weiter das Auto benutzen und weniger im Portemonnaie haben, während höhere CO₂-Preise die Superreichen nicht jucken, die im Privatjet um die Welt fliegen. Hochrüstung ist zudem der wahre Klimakiller. Ein US-Kampfflugzeug verursacht bei einem Kampfeinsatz so viel CO₂ wie ein Durchschnittsdeutscher in drei Jahren.

KAPUTTE INFRASTRUKTUR UND RÜSTUNGSFILZ

Über Jahrzehnte wurde **viel zu wenig investiert in Deutschland und der EU.** Die Infrastruktur bei Brücken, Straßen, Schulen und Krankenhäusern verrottet, während wir bei der Spitzentechnologie den Anschluss verlieren. Dies hat auch mit den europäischen Schuldenregeln zu tun, die produktive und langfristige Investitionen verhindern.

Anstatt in die zivile Infrastruktur zu investieren, werden nun die Schuldenregeln gerade deshalb gelockert, um mit hunderten Milliarden Euro die Rüstungskonzerne zu mästen. Dabei sind die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Staaten bereits jetzt um ein Vielfaches höher als jene Russlands.

Mehr Rüstung wird nicht mehr Sicherheit schaffen. Wir brauchen eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa, die Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle belebt und wechselseitige Sicherheitsinteressen anerkennt.

PANZER STATT VOLKSWAGEN?

Mit dem Motto „Panzer statt Volkswagen“ wird die ökonomische Zukunft Europas verspielt. Der **Umbau der Wirtschaft** – von der Automobilindustrie bis zur Energieversorgung – wird nicht durch einen grünen Preisschock gelingen. Grüner Stahl zum Beispiel ist nur wettbewerbsfähig, wenn die Strompreise niedrig sind. Und wer die Emissionen von Pkw weltweit reduzieren will, darf sie nicht wie beim Verbrenner-Auto nur am Auspuff messen. Wir brauchen auch die Förderung verschiedener Antriebstechnologien – einschließlich emissionsarmer Verbrenner, um den CO₂-Ausstoß zu senken.

Während insbesondere kleine und mittlere Unternehmen unter der Bürokratie und den ausufernden Berichtspflichten einer „Lobby-Industrie“ ächzen, zahlen die mächtigen US-Internet- und **Tech-Konzerne kaum Steuern und die Vermögen der Milliardäre wachsen.** Wo die EU einen Unterschied machen könnte, liefert sie nicht: etwa bei Strafsteuern auf Finanzflüsse von Konzernen in Steuerparadiesen oder einer koordinierten Besteuerung von Milliardären.

